

Kundgebung für „Freiheit, Gerechtigkeit und Leben im Gazastreifen“

Freitag, 9. Januar 2009 – 15.00 Uhr – Katharinenplatz in Gießen

**Ansprache von Ramazan Kuruyüz,
dem Vorsitzenden der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH**

**Bismil-lahir-rahmanir-rahim
Mit dem Namen ALLAHs, des Allnade Erweisenden, des Allgnädigen**

**As-salamu alaikum warahmatullah
Friede und Gnade ALLAHs seien mit Ihnen und Euch!**

Liebe Schwestern und Brüder!
Liebe Kinder, Familien, Freunde, Bürgerinnen und Bürger aus Mittelhessen!
Meine verehrten Damen und Herren!

Seit dem Beginn der Luftangriffe der israelischen Armee auf den Gazastreifen, dem 27. Dezember 2008, demonstrieren weltweit Muslime und Nichtmuslime und Menschen aus unterschiedlichen Völkern gegen das Massaker im Gazastreifen und für den Frieden. Auch in Deutschland erheben sich hunderttausende Menschen für Freiheit, Gerechtigkeit und Leben im Gazastreifen und im Nahen Osten. Die Demonstration ca. 10.000 hessischer Musliminnen und Muslime zusammen mit ihren nichtmuslimischen Freunden am vergangenen Samstag in Frankfurt war nach allen Presseberichten die bundesweit größte Demonstration in diesem Zusammenhang. Die Hessinnen und Hessen haben al-hamdulillah, Lob gebührt ALLAH, unserem Schöpfer, mit ihrer Demonstration ein vorbildliches Zeichen für Frieden gesetzt und damit alle Friedensliebenden in den anderen Bundesländern ermutigt und motiviert. Heute sind wir Mittelhessinnen und Mittelhessen zahlreich -trotz und bei der kalten Wetterlage- nun hier in Gießen, um unsere Solidarität mit den Menschen und Opfern im Gazastreifen zu bekunden und für sie und für den Frieden zu beten. Der Winter mit seinen eiskalten Verhältnissen kann uns an unserem Willen zu weiteren Friedens- und Hilfsaktionen, Demonstrationen und Kundgebungen nicht hindern. Wir werden nicht schweigen und tatenlos zuschauen, wenn ein Massaker in einem Teil der Welt stattfindet und Menschen erbarmungslos, grausam und massenhaft ermordet werden.

Liebe Freunde!

Seit dem vergangenen 27. Dezember bombardiert die israelische Armee ununterbrochen und ohne Rücksicht auf das Leben der Zivilbevölkerung den Gazastreifen. Durch die Luftangriffe und nun seit dem vergangenen Samstag durch die Bodenoffensive der israelischen Armee wurden nach den gestrigen Angaben der palästinensischen Gesundheitsbehörde insgesamt 765 Menschen getötet und mehr als 3100 weitere Menschen –zum Teil schwer- verletzt. Seit diesen gestrigen Angaben bis jetzt hat sich die Zahl der Toten auf über 800 erhöht. Zahlreiche Kinder, Frauen, alte und wehrlose Menschen sind wieder, wie in den vergangenen Jahrzehnten, zu Opfern der israelischen Aggression geworden. Die israelische Armee verwüstet seit 13 Tagen viele Wohngebiete im Gazastreifen und zerstört die Infrastrukturen. Viele zivilen Einrichtungen, darunter auch Schulen, sind zum Ziel der israelischen Luftangriffe geworden. Vor drei Tagen wurde eine UNO-Schule im Gazastreifen von der israelischen Armee gezielt beschossen. Ca. 40 Menschen, darunter viele Kinder, sind ums Leben gekommen. Nach dem Tod von drei Mitarbeitern durch israelische Angriffe zuletzt hat die UNO -nach den gestrigen Angaben von ARD- alle Hilfslieferungen in den Gazastreifen gestoppt. Zahlreiche Moscheen wurden gezielt bombardiert und zerstört. Millionen Palästinenser leben und leiden im eigenen Land als Gefangene und zugleich als Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Verhältnissen.

Zehntausende israelische Streitkräfte haben den Gazastreifen umzingelt. Die Palästinenser können nicht mehr alle Toten bergen. Für all diese Grausamkeiten, von denen ich nur einen Teil hier erwähnt habe, kann und muss ich in aller Klarheit sagen: **Der israelische Staat verübt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und einen Staatsterrorismus. Kein Grund bzw. kein Zweck darf das Töten von wehrlosen Zivilisten, Kindern, Frauen und Männern rechtfertigen!** Und all diese Kampfhandlungen dienen -nach den Erklärungen der israelischen Regierung- zum Zweck der Sicherheit und Verteidigung des Landes. Nur zur Klarstellung der Verhältnisse der Zahl der Toten auf beiden Seiten, um diese Erklärung richtig und sachlich analysieren zu können: Durch Raketen der Palästinenser bzw. Hamas auf Israel und Gefechte bei der Bodenoffensive starben nach israelischen Angaben seit dem 27. Dezember 2008 vier Zivilisten und neun Armeeangehörige. Für jeden getöteten, wehrlosen Zivilisten, der an dem Krieg nicht beteiligt ist, auch unter der israelischen Bevölkerung, gilt nach unserem Islamverständnis der folgende Grundsatz: „Das Leben eines einzigen unschuldigen und wehrlosen Menschen ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit!“ Die Zahl der Toten und Verletzten unter den Palästinensern und weitere Grausamkeiten im Gazastreifen durch die israelische Armee habe ich gerade angegeben. Die Zahlen und Umstände zeigen eindeutig, dass man hier nicht von zwei Kriegsparteien sprechen darf und dass es kein vergleichbares Verhältnis gibt. Nun, nach diesen Feststellungen und Tatsachen frage ich mich, Sie, euch und die Weltgemeinschaft:

Was für ein barbarisches Sicherheits- und Verteidigungsverständnis hat Israel?

Die israelische Regierung setzt leider ständig und immer wieder auf Gewalt statt auf Verhandlungen und sät damit Hass und Feindseligkeit. Militärische Gewalt führt jedoch zu weniger Sicherheit für Israel und zu mehr Leid für die Menschen in Palästina. Diese Gewaltpolitik ist das größte Hindernis auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten.

Das israelische Vorgehen im Gazastreifen ist völkerrechtswidrig und nicht hinnehmbar. Israel verletzt und missachtet mit Anwendung unverhältnismäßig großer Gewalt und Tötung von Zivilisten eindeutig alle internationalen Rechte. Wir verurteilen das Massaker im Gazastreifen und das Verbrechen Israels auf das Schärfste und fordern die israelische Regierung auf, ihre Gewalthandlungen, ihre Angriffe, ihr Verbrechen und die Belagerung des Gazastreifens unverzüglich zu beenden, den Gazastreifen zu verlassen und auch für die Zukunft und für immer ihre Gewaltpolitik zu überdenken. An dieser Stelle rufen wir auch das israelische Volk auf, umzudenken und eine Politik für Frieden statt für Gewalt zu unterstützen. „Eine Demokratie“, in der das Volk ständig die Gewalt- und Kriegspolitik wählt und unterstützt, kann auf lange Sicht nicht bestehen. Ein solches grausames Demokratieverständnis darf es nicht geben!

An dieser Stelle geht meine eindeutige Kritik auch an die Adresse des Zentralrats der Juden in Deutschland wegen seiner nicht hinnehmbaren Stellungnahme zu den grausamen Tatsachen im Gazastreifen. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan J. Kramer, schrieb in der Pressemitteilung u.a. -beispielsweise- die folgenden Worte: „Angesichts der jetzt laufenden Diskussion frage ich mich, wie beispielsweise Russland, Frankreich, England, Deutschland oder andere arabische Staaten angesichts der Angriffe reagiert hätten... Die Verteidigungsoperation der israelischen Armee ist auch nicht unverhältnismäßig... Es gibt keinen sauberen und ehrenhaften Krieg, der die Zivilbevölkerung schützt, wenn man gegen Terroristen kämpft.“ Zur näheren Information können Sie die vollständige Stellungnahme auf der Webseite des Zentralrats der Juden unter www.zentralratjuden.de anschauen. **Nun meine Antwort darauf:** Kann ein zivilisierter Staat so barbarisch vorgehen wie Israel? Was für ein Verständnis von dem Begriff „Verhältnismäßigkeit“ haben Sie denn, Herr Kramer? Jetzt frage ich Sie, Herr Kramer, in aller Öffentlichkeit, was für ein Religionsverständnis vertreten Sie und der Zentralrat der Juden in Deutschland? Ein Rat, der ein solches Massaker im Gazastreifen unterstützt und das Töten von hunderten unschuldigen und wehrlosen Zivilisten bzw. Menschen und Kindern als unvermeidbare Folge eines Krieges gegen „Terror“ zu rechtfertigen versucht, wird seinem Auftrag als Religionsgemeinschaft nicht gerecht und bringt seine eigene Religion in Verruf.

Wir als IRH und viele weiteren islamischen Organisationen in Deutschland arbeiten seit Jahren sehr gerne und konstruktiv mit vielen jüdischen Kreisen, unseren jüdischen Dialogpartnern im Bereich des interreligiösen und interkulturellen Dialogs zusammen. Der Zentralrat der Juden hat sich aber mit diesem gezeigten Religionsverständnis und mit dieser Position nicht als

friedensfördernd erwiesen, sondern als kriegsunterstützend und ohne jegliche Empathie für die unschuldigen Menschenopfer, für die Israel verantwortlich ist. Ein Dialog bzw. eine Zusammenarbeit mit ihm wird dadurch leider sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. **Wir wünschen uns, dass der Zentralrat sich auf die religiösen Werte des Judentums zurückbesinnt. Wie der Zentralrat sicher weiß, verbietet das Judentum als abrahamische Religion genauso wie der Islam und das Christentum das Töten von unschuldigen und wehrlosen Menschen.**

Wie sich eine Religionsgemeinschaft zu einem solchen Massaker äußern und sich verhalten konnte und sollte, zeigte beispielsweise die Katholische Kirche, auch wenn sie Israel nicht verurteilen konnte. **Ich begrüße die diesbezügliche Erklärung des Papstes Benedikt des XVI. grundsätzlich.** Er macht sich zurecht Sorgen um Opfer, Zivilisten und Kinder und fordert den sofortigen Waffenstillstand und die Beendigung der Kampfhandlungen auf.

Die IRH hat nie Doppelmoral gehabt; wir haben uns immer ohne Wenn und Aber gegen jeden Krieg insbesondere mit den Folgen unschuldiger und wehrloser Opfer und jeden Terroranschlag eingesetzt und sie verurteilt. Deshalb haben wir nun keine Hemmungen, auch die israelische Aggression zu verurteilen, wobei viele anderen gesellschaftlichen, politischen, staatlichen und religiösen Verantwortungsträger ihre Schwierigkeiten damit haben oder doppelmoralisch vorgehen.

Um unsere klare Linie ohne Doppelmoral für die Menschen und Kreise zu verdeutlichen, die uns nicht genug kennen und unsere Stellungnahmen nicht immer verfolgen können, möchte ich hier beispielsweise unsere zwei Veranstaltungen gemeinsam mit vielen weiteren islamischen Gemeinden direkt nach dem Terroranschlag in London erwähnen:

1. Friedensgebet für die Opfer in London, am 8. Juli 2005, auf dem Kirchenplatz in Gießen
2. Kundgebung gegen Terror, am 16. Juli 2005, auf dem Römer-Platz in Frankfurt

Meine Ansprachen in den beiden Veranstaltungen waren fast ähnlich. Deshalb möchte ich hier einen Abschnitt nur von meiner Rede in Frankfurt wiedergeben:

„Wir haben uns heute hier, auf dem Römer in Frankfurt, versammelt, um der Opfer in London zu gedenken und eine klare Absage an die Terroristen und ihre Zwecke zu erteilen.

Im Namen der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH verurteile ich die barbarischen und feigen Anschläge in London aufs Schärfste. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen.

„Das Leben eines einzigen unschuldigen Menschen ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit.“

Wer das Leben von massenhaften unschuldigen Menschen durch einen solchen barbarischen Terroranschlag verachtet, darf sich auf keinen Fall auf irgendeine religiöse oder ethische Grundlage berufen. Ob die Täter möglicher Weise „Ahmed“ oder „Ali“ heißen würden, sind sie ohne „Wenn und Aber“ Mörder und Terroristen...“

Meine Damen und Herren!

Meine weitere und deutliche Kritik gilt Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel wegen ihrer einseitigen Parteinahme für Israel. Die Bundeskanzlerin bestärkt mit ihrer Rechtfertigung des israelischen Vorgehens leider die israelische Armee bzw. die israelische Regierung in ihrem Vorhaben, ihre völkerrechtswidrige Gewalt- und Kriegspolitik und ihre militärischen Angriffe auf den Gazastreifen fortzusetzen. Durch diese einseitige Positionsnahme kann Deutschland auch sein Ansehen in der islamischen Welt und unter muslimischen Völkern verlieren. Dies kann u.a. die Rolle von Deutschland im Rahmen einer Friedenspolitik im Nahen Osten schwächen.

Als Vorsitzender und ein Verantwortungsträger einer Religionsgemeinschaft in Deutschland - diese Verantwortung gilt auch für das Wohl und die internationalen Interessen unserer gemeinsamen Heimat Deutschland – darf ich hier Frau Bundeskanzlerin freundlicher und verantwortungsbewusster Weise darauf hinweisen, dass ihre Parteinahme nicht zuletzt dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Muslime zu ihrer Heimat Deutschland und somit der Integrationspolitik der Bundesregierung schaden kann. **Als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland fordern wir die Bundeskanzlerin Merkel auf, ihre einseitige Parteinahme für Israel zu überdenken und sich für einen nachhaltigen, dauerhaften und gerechten Frieden im Nahen Osten einzusetzen.** Nach einer langen Verzögerung der Bundesregierung, eine aktive politische Initiative in der Krisenregion zu ergreifen, kann nun die Reise des Bundesaußenministers Steinmeier in den Nahen Osten – trotz der Parteinahme der Bundeskanzlerin – zum Waffenstillstand beitragen.

Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland eine solche einseitige Positionnahme der Bundeskanzlerin nicht teilt. **Überzeugt bin ich auch davon, dass die überwiegende Mehrheit in unserem Land dieses Massaker im Gazastreifen und das erbarmungslose Vorgehen Israels verabscheut und verachtet - auch wenn sie es nicht laut sagt. Deshalb bitte und rufe ich diese schweigende Mehrheit auf, nicht mehr zu schweigen, zusammen mit Muslimen laut und deutlich gegen dieses Massaker im Gazastreifen und für Leben, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Palästina zu demonstrieren.** Dies kann die Bundesregierung dazu ermuntern, ihre Nahostpolitik zu verbessern und für einen gerechten Frieden in der Region aktiv einzutreten.

Trotz des gestrigen Beschlusses des Sicherheitsrats der UNO über die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen und den Rückzug der israelischen Armee vom Gazastreifen setzt Israel sein Verbrechen unvermindert fort. Dies zeigt eindeutig, dass die israelische Regierung die Beschlüsse und Deklarationen der UNO bzw. deren Sicherheitsrats völlig ignoriert. Solche Beschlüsse und Deklarationen bringen die israelische Regierung offenbar nicht zur Einsicht bzw. zum vernünftigen Handeln, ihre Aggressionspolitik zu überdenken und zu beenden. **Die internationale Weltgemeinschaft bzw. die UNO darf dieses Massaker im Gazastreifen nicht mehr tatenlos zuschauen und muss nunmehr mit allen notwendigen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen Druck auf die israelische Regierung ausüben. Im weiteren Schritt müssen politische und militärische Verantwortungsträger wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verletzung des humanitären Völkerrechts und Kriegsverbrechen unbedingt zur Rechenschaft gezogen und vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag angeklagt werden.**

In diesem Zusammenhang hoffe ich, dass die USA mit ihrem neuen Präsidenten Barack Obama die Fehler der bisherigen Regierungen in der Nahostpolitik korrigieren, durch ihr Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat die israelische Aggressionspolitik nicht mehr unterstützen und sich für einen gerechten Frieden in der Region ernsthaft einsetzen. **Präsident Barack Obama wird nicht an seiner Hautfarbe gemessen, sondern an seinen Leistungen! Ich wünsche sehr, dass er uns und die Mehrheit der Weltöffentlichkeit in unseren/ihren Erwartungen nicht enttäuscht.**

Zum Schluss: Alle Länder in der Region haben das Recht, friedlich, in sicheren und anerkannten Grenzen und ohne Gewaltandrohungen zu leben. Auch das palästinensische Volk, genauso wie das israelische Volk, hat das Recht auf einen eigenen sicheren und anerkannten Staat. In der Region brauchen alle Völker endlich eine Normalisierung und Versöhnung und sollen dafür auf jeden Gewaltakt verzichten.

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH